

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr.: 08/08

MBI-Geschäftsstelle
Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>



200 Jahre Stadtrecht für Mülheim a.d. Ruhr: Wenn der Napoleon das geahnt hätte



**Hier ist
der Wurm
drin!**

Mülheimer Bürgerinitiativen
MBI

Weitere Themen:

- Mülheim im ZDF: „Privat statt Staat – Bürger zahlen drauf“ - Bspl. Medienhaus, S.2
- Mülheimer Betonpolitik und kein Ende? Jetzt am Rumbachtal Tilsiter Str./Oppspring? S.3
- Erneute Gaspreiserhöhung zum Sept.! Medl-Gaspreise in weniger als 4 Jahren mehr als verdoppelt! Was tun? Widerspruch einlegen und kürzen! S.4

Auszüge aus dem Fernsehbeitrag im ZDF – Frontal 21 vom 15. Juli 2008 „Privat statt Staat – Bürger zahlen drauf“

Anmoderation:

Öffentlich-private Partnerschaften gelten in Zeiten knapper Haushaltskassen für viele Kommunen als eine Art Allheilmittel beim Bau und Erhalt öffentlicher Einrichtungen. Dabei erweist sich "Public Private Partnership" (PPP) immer häufiger als finanzieller Flop - zu Lasten der Bürger.

Trotzdem halten viele Kommunen an öffentlich-privaten Partnerschaften fest. Denn häufig sind die Städte und Gemeinden hoch verschuldet. Da kommt vielen das PPP-Modell wie gerufen. Denn bei PPP überlässt die Kommune dem privaten Investor nicht nur den Bau, die Sanierung und die Planung eines Projektes, sondern auch den Betrieb, die Instandhaltung, aber vor allem die Finanzierung. Dafür zahlt die Stadt dann über eine lange Zeit, meist zwischen 20 und 30 Jahre, eine Miete.



Mülheim an der Ruhr. Hier baut und betreibt demnächst ein privater Investor



das so genannte Medienhaus, eine Bibliothek. Kosten: Rund 14 Millionen Euro. Die hoch verschuldete Stadt konnte sich das nicht leisten und mietet deshalb das Medienhaus für 25 Jahre. So drückt man sich um die Haushaltssperre.

O-Ton Frank Steinfurt, Stadtdirektor Mülheim a. d. Ruhr in Frontal 21:

Der Unterschied ist, wenn wir einen Kredit aufnehmen, würde der auf die so genannte Nettoneuverschuldungslinie angerechnet, die bei uns eben bei 38 Millionen Euro liegt, während diese Raten haushaltsrechtlich darauf nicht angerechnet werden. Es ist also keine Geldvermehrung, sondern im Grunde die Möglichkeit, jetzt dringend notwendige Dinge in der Stadt zu tun, die wir sonst wegen dieser haushaltsrechtlichen Sperre nicht machen können.

Mit anderen Worten, die Stadt macht zwar neue Schulden, aber die tauchen im Haushalt nicht auf.

O-Ton Thomas Maibaum, Transparency International:

Öffentlich-private Partnerschaften sind natürlich auch eine Art Haushaltstrick, um etwas zu machen, was die derzeitige Kassenlage einer Kommune beispielsweise nicht zulässt. Man verlagert Kosten in die Zukunft, belastet dadurch natürlich auch künftige Generationen. Und die politischen Entscheidungsträger, die dann solche Projekte angeschoben haben, sind in aller Regel bei der langen Laufzeit solcher Projekte natürlich nach 10, 20, 30 Jahren nicht mehr im Amt.

Die Stadt Mülheim hat also ihre Zahlungen ein Vierteljahrhundert garantiert, auch wenn irgendwann Baumängel oder Probleme beim Betrieb auftreten.

Ratsherr Lothar Reinhard von der MBI (Mülheimer Bürgerinitiativen) wollte sich beschweren, aber keiner mag die Verantwortung übernehmen. *O-Ton Lothar Reinhard, Ratsherr Mülheim a. d. Ruhr:*

Der Innenminister hat gesagt, ich bin nicht zuständig, macht der Regierungspräsident. Der Regierungspräsident hat dann nach einiger Zeit geantwortet und gesagt, ist im Endeffekt Sache der Gemeinde. Dann haben wir die Finanzbehörden - also Gemeindeprüfungsanstalt und den Landesrechnungshof - eingeschaltet. Der Landesrechnungshof hat dann nach einiger Zeit geantwortet und gesagt, wir teilen eure Bedenken, aber wendet euch an die Gemeindeprüfungsanstalt. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat aber vorher schon gesagt, wir können da eigentlich gar nichts machen, wendet euch an den Landesrechnungshof.

Nächstes Treffen der
um 19 Uhr in der MBI-
zur Vorbereitung
"Entmündigung durch
mit Prof. Arno Klönne am 10. Sept. um 19 Uhr im Handelshof



am Mi., dem 20. Aug.,
Geschäftsstelle, Kohlenkamp 1
der Veranstaltung
Privatisierung?"

Mülheimer Betonpolitik und kein Ende? Jetzt auch noch am Rumbachtal?

Nach zuletzt Beschlüssen zur Zerstörung und Bebauung weiterer Frei- und Grünflächen wie an der Kühlen-Augusta-, August-Thyssen- und Mergelstraße, dem Fünterweg, der Mariannenstraße, am Oemberg, am Wenderfeld, im Gartendenkmal der Ostruhranlagen uswuf. nun der nächste Streich Mülheimer Versiegelungsorgien:

In der Bezirksvertretung 1 am 12. Juni und dem Planungsausschuss am 17. Juni wurde der nächste Bebauungsplan eingeleitet: „Tilsiter Straße/Hustadtsfeld - G 14“



BEBAUUNGSVORHABEN TILSITER STR. / OPSPRING

Entlang der Tilsiter Straße soll zwischen Oppspring und Rumbachtal Wohnbebauung für „gehobene, Ansprüche entstehen im sog. „Übergangsbereich zur freien Landschaft“.



Nach der aktuellen Klimaanalyse aus 2003 gehört dieses Plangebiet zum „regional bedeutsamen Ausgleichsraum Freiland und zum Kaltlufteinzugsgebiet Rumbachtal“. Der Klimabericht empfiehlt, diese stadtnahen Freilandflächen zu sichern und aufzuwerten und in jedem Fall von Besiedelung freizuhalten.

Das exakte Gegenteil ist mit dem Bebauungsplan G 14 vorgesehen!

So verständlich es sein mag, dem Bauern die Möglichkeit zu geben, seine Äcker zu versilbern: Aus gesamtstädtischer Sicht darf dieser B-Plan nicht verwirklicht werden!

Auch die vielen Naherholungssuchenden, die dort spazieren gehen, würden es der Politik danken, wenn sie dieses weitere Uralt-„Schätzchen“ Mülheimer Betonplanung endgültig ablehnt!

In den 90iger Jahren gab es bereits heftige Auseinandersetzungen um diese Planung und sie wurde ad acta gelegt. Warum sie gerade jetzt wieder auftaucht, mutet an wie Torschusspanik (wegen der Wahlen in 1 Jahr?!) oder „nach mir die Sintflut ...?“

Anders ausgedrückt: Wer in Zeiten der erwiesenen Klimaerwärmung derart sensible Bereiche ohne erkennbare Not oder wirklichen Bedarf opfern möchte, der sollte Worte wie Klimaschutz besser nicht mehr in den Mund nehmen.

Die Mülheimer Planungsrealität ist leider das Gegenteil, nämlich nachhaltige Zerstörung trotz schrumpfender Bevölkerungszahl, Klimaerwärmung uswuf..

Die MBI lehnen den Bebauungsplan G 14 ohne Wenn und Aber ab!

Anwohner haben bereits viele Unterschriften gegen dieses unnötige und schädliche Bauvorhaben gesammelt! Unterschriftenlisten gibt es auch in der MBI-Geschäftsstelle.

Am 14. Juli gründete sich dazu auch die

Bürgerinitiative "Frische Luft für Mülheim" (FLM)

Die FLM hat bereits verschiedene Aktivitäten geplant, angefangen mit einem Straßenfest am Samstag, dem 16. August, von 14 bis 22 Uhr nahe der Tilsiter Straße, im Sträßchen Am Waldsaum.

Am Donnerstag, dem 28. August ab 18 Uhr findet in den Räumen der Heilig-Geist-Kirche an der Zeppelinstraße die offizielle Bürgeranhörung zu dem Bebauungsplan G 14 statt. Die FLM wird versuchen, eine starke Bürgerbeteiligung zu mobilisieren. Jede/r Mülheimer Bürger/in kann dort seine Meinung einbringen, die auch protokolliert werden muss.

FLM-Treffen vorläufig dienstags um 18 Uhr im "Feierabendhaus", Tilsiter Str. 31.

Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld



Erneute Gaspreiserhöhung von 24% zu Sept. 08! Medl-Gaspreise in weniger als 4 Jahren mehr als verdoppelt! Abzocke ohne Nachweis der Berechtigung! Die MBI empfehlen: Widerspruch einlegen und kürzen!

Am 12. Juli kam das Sommer“geschenk“ des Mülheimer Gasversorgers medl, die bekanntlich viel Geld u.a. verplempert für ziemlich unsinnige Werbekampagnen wie „medl-einfach näher dran“, mit der stadtwweit auf Riesenplakaten medl-Autos mitten in Wohnzimmern oder Büros gezeigt werden.

Nach über 10% zum 1. Feb. und weiteren ca. 7% zum 1. Mai jetzt weitere 24%. Betrug der Nettopreis pro kWh für „Behaglich warm“ im Januar noch 4,61 Cents, so verlangt die medl ab September 6,74 Cents, also 46% mehr in der kommenden Heizperiode! Seit Beginn der Preiserhöhungsorgien ab 1.11.2004 (vgl. Tabelle unten) hat die medl die Preise inzwischen mehr als verdoppelt bei einer Steigerung von inzwischen 103% netto und wegen der Mehrwertsteuer-Erhöhung brutto um 208%!!!

Damit ist eine Schallmauer durchbrochen: Verdoppelung der Gaspreise in weniger als 4 Jahren!

Die Gewerkschaften kämpfen z.Zt. um 3 oder 5% Lohnerhöhung und die gilt dann meist noch für Jahre, nachdem die Reallöhne über Jahre davor bei vielen gesunken waren. Die Energiekosten alleine fressen die Lohnerhöhungen mehr als vollständig auf! So wird die Binnenkonjunktur weiter geschwächt, während gleichzeitig die Überschüsse von Eon, RWE und auch medl noch mehr anschwellen!

medl-Gaspreise, Tarif „Behaglich warm“, in Klammern und fett die Bruttopreise

bis 31.10.04	3,32 (3,85) Ct/kWh
ab 01.11.04	3,72 (4,32) Ct/kWh
ab 01.02.05	3,92 (4,55) Ct/kWh
ab 01.11.05	4,52 (5,24) Ct/kWh
ab 01.07.06	4,80 (5,57) Ct/kWh, nach der lächerlichen Senkung um 0,1 Ct/kWh
ab 01.11.06	5,15 (5,97) Ct/kWh
ab 01.01.07	5,15 (6,13) Ct/kWh wegen der zusätzlichen Mehrwertsteuererhöhung
ab 01.02.07	4,98 (5,93) Ct/ kWh nach der geringen Preissenkung von 0,17 kWh
ab 01.05.07	4,61 (5,49) Ct/kWh nach der Preissenkung um 0,37 Ct/kWh
ab 01.02.08	5,08 (6,05) Ct/kWh
ab 01.02.08	5,08 (6,05) Ct/kWh
ab 01.05.08	5,44 (6,47) Ct/kWh und
ab 01.09.08	6,74 (8,02) Ct/kWh

Den Mülheimer Gaskunden kann man nur raten, dagegen Widerspruch einzulegen, bestenfalls die Preise bis Okt. 05 zu akzeptieren und Abschläge sowie ggfs. die Jahresrechnung entsprechend zu kürzen, denn auch für diese Preiserhöhung hat die medl ihre Kalkulation und die Gründe für die Preisanpassung wieder nicht offengelegt, so dass der Nachweis der Billigkeit der medl-Gaspreise gemäß § 315 BGB nicht erbracht ist!

Widerspruchsvordrucke/-muster können in der MBI-Geschäftsstelle abgeholt werden oder als pdf- bzw. als doc-Datei heruntergeladen werden über

www.mbi-mh.de/MBI-Arbeit/Initiativen/Gaspreise_runter/gaspreise_runter.html#musterbriefe

nächstes Treffen der Initiative

am Mittwoch, dem 3. September,

um 19.00 Uhr Gaststätte „Altes Schilderhaus“ Südstr.

gaspreise-runter-mh
BürgerInitiative